
Liebe Leserinnen und Leser,

beim Parteitag der Grünen wurden am Wochenende die falschen Weichen gestellt: Der schräge „Anti-Atom-Kurs“ der Kanzlerin fand eine Mehrheit. Besser wäre es gewesen, wenn sich die Delegierten vor dem Hintergrund der Fukushima-Katastrophe für den sofortigen und endgültigen Ausstieg stark gemacht hätten.

In allen Parteien wird mit Jahreszahlen des Ausstiegs jongliert wie im Zirkus mit Äpfeln und Birnen. Entscheidend ist nach wie vor: Atomkraftwerke und sonstige Atomanlagen sind hochgefährlich, Uranabbau und Atomtransporte ebenso. Weltweit gibt es keine Möglichkeit, Atommüll sicher für Jahrtausende zu lagern. Und wir können technisch sofort, dauerhaft und endgültig aus der Atomenergie aussteigen. Und sofort heißt sofort. 2013 ist nicht sofort, 2017 auch nicht und 2022 schon gar nicht. Daher der dringende Aufruf: Setzt Euch weiterhin für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen ein!



Auch in anderen Bereichen ist der Protest der Bürgerinnen und Bürger dringend erforderlich, zu nennen sind beispielsweise Stuttgart 21, der ständige Verlust freier Flächen durch den ständigen Bau neuer Straßen und Industriegebiete, Gentechnik usw. Der BBU-Newsletter bietet zu verschiedenen Themen wieder eine Auswahl an Informationen, die der Vernetzung und dem Engagement dienen können.

Die Newsletter-Redaktion wünscht allen Leserinnen und Lesern stets genug Energie und Kraft für die täglichen Aktivitäten. Und noch-nicht-BBU-Mitgliedern empfehlen wir einen Klick auf diese Seite ...

<http://www.bbu-online.de/html/antrag.htm>

1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

Das BBU-Spendenkonto freut sich auf DEINE Spende ...

Spendenkonto: Sparkasse Bonn (BLZ 37050198), Kontonummer: 1900.2666

E-Mail-Fachverteiler für BBU-Mitglieder

BBU-Mitglieder können kostenlos per E-Mail aktuelle Informationen zu folgend aufgeführten Themenbereichen erhalten. BBU-Mitglieder, die diesen Service noch nicht nutzen, können sich einfach an die BBU-Geschäftsstelle wenden und mitteilen, zu welchen Themenbereichen Informationen gewünscht werden: BBU-Bonn@t-online.de.

Wasserproblematik	Chemiepolitik	Mobilfunk / Elektrosmog
Gentechnik	Müllproblematik	Eine-Welt / Globalisierung
Natur- / Artenschutz	Friedensbewegung	Verkehrspolitik
Energie / Atomproblematik, Klimaschutz	Wald / Bodenschutz	Gesundheit / Innenraumschadstoffe

BBU-Pressemitteilungen

Aktuelle Pressemitteilungen des BBU, sowie früher erschienene, kann man hier nachlesen:

<http://www.bbu-online.de/Presse.htm>

25 Jahre BBU-Mitgliedsinitiative David gegen Goliath

Die BBU-Mitgliedsinitiative David gegen Goliath <http://www.davidgegengoliath.de> konnte kürzlich ihren 25. Geburtstag begehen. BBU-Vorstand, die Geschäftsstelle und die BBU-Newsletter-Redaktion gratulieren an dieser Stelle ganz herzlich.

2. Themenbereiche

Atomindustrie

BBU fordert von Düsseldorfer Landesregierung tatkräftiges Handeln

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz fordert von der Düsseldorfer Landesregierung im Zusammenhang mit der Gronauer Urananreicherungsanlage (UAA) endlich ein tatkräftiges Handeln. Immer wieder, so auch gestern (20.6.) kommt es in der bundesweit einzigartigen Uranfabrik zu Pannen und Unfällen. 2010 ist sogar ein Mitarbeiter der Anlage verstrahlt worden. Am Montag ist auf dem Anlagengelände ein Urancontainer von einem Gabelstapler gefallen. "So etwas darf nicht passieren", kritisiert der BBU.

Der BBU hält es nicht für ausreichend, dass der Vorfall wieder einmal nur im Rahmen einer Sicherheitsüberprüfung Berücksichtigung finden soll. In einem Schreiben an den verantwortlichen NRW-Wirtschaftsminister Voigtsberger (SPD) wird der BBU eine Auflistung aller bisherigen Störfälle in der Urananreicherungsanlage und die daraus gezogenen Konsequenzen anfordern. Gleichzeitig wird der BBU angesichts der bekannten Sicherheitsmängel mit Nachdruck die sofortige Stilllegung der Urananreicherungsanlage einfordern. Die Anlage ist nicht gegen Flugzeugabstürze gesichert und mangels Endlager gibt es keinen Entsorgungsnachweis für den strahlenden Uranmüll, der in großen Mengen in Gronau anfällt. Zur Kaschierung des Entsorgungsdilemmas soll in Kürze in Gronau, direkt neben der Urananreicherungsanlage, ein "Zwischen"lager für 60.000 Tonnen Uranoxid gebaut werden. Die Baugenehmigung wurde bereits 2005 von der damaligen rot-grünen Landesregierung erteilt.

Bereits rund 40 Initiativen und Verbände rufen für den 3. Juli zur Teilnahme an einer Kundgebung vor der Urananreicherungsanlage auf (Gronau, Röntgenstraße 4). Nähere Informationen über die Kundgebung und die Gefahren der Urananreicherungsanlage gibt es im Internet auf der Homepage des Arbeitskreises Umwelt (AKU) Gronau, www.aku-gronau.de. Der AKU Gronau ist eine Mitgliedsinitiative des BBU.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 21.06.2011

Schluss mit Uranabbau sofort und weltweit!!!

Der Abbau von Uran ist ein Verbrechen an den Menschen und der Umwelt. Rücksichtslos werden die giftigen Substanzen gefördert, die Lebensgrundlagen der dort lebenden Menschen systematisch auf Dauer zerstört. Den Menschen bleibt nur, entweder dort weg zu gehen, oder für die Konzerne zu arbeiten und sich so einem erheblichen Gesundheitsrisiko auszusetzen! Zurück bleibt "verbrannte Erde" auf lange Zeit - und das Produkt - aus Uran entsteht durch den Abbrand in AKWs hochgiftiger Atommüll, von dem niemand weiß, wie er über zehntausende Generationen sicher verwahrt werden soll - wird unter anderem zur Produktion von Atomwaffen benutzt, die weltweit geächtet und verboten gehören!

Aus dem Aufruf zum Anti-Atommüll-Sonntagsspaziergang (19.06.2011) der BI „Kein Atommüll in Ahaus“, <http://www.bi-ahaus.de>. Dem Aufruf folgten Menschen aus Ahaus und anderen Orten. Die BI gehört dem BBU an.



Brennelementwechsel gefährlicher als bisher angenommen

Schon bei einem einzigen Brennelementwechsel wird bis zu einem Drittel der jährlich abgegebenen Menge an radioaktiven Edelgasen und bis zu 50% der Jahresabgabe an radioaktivem Jod über den AKW-Kamin abgelassen und in die Umgebung verteilt. Das belegte die gestrige Sendung Plusminus. Die ARD-Recherchen bauen auf Nachforschungen der IPPNW auf und bestätigen die These, dass die Brennelementwechsel gefährlicher sind als bisher angenommen. Die Tagesspitzenwerte bei der radioaktiven Abgabe über den AKW-Kamin sind in Zeiten der Revisionen bis zu 160 mal höher als an "normalen" Betriebstagen. "Diese Werte eröffnen eine neue Dimension der Wissenschaftsdiskussion und zeigen die Gefährlichkeit unserer Atomkraftwerke schon im Normalbetrieb auf", erklärt Vorstandsmitglied Reinhold Thiel. (...).

Zur Erinnerung: Seit 1998 macht die IPPNW auf erhöhte Kinderkrebsraten in der Umgebung von Atomkraftwerken aufmerksam. Nach einer Öffentlichkeitskampagne der IPPNW im Jahr 2001 aufgrund erhöhter Kinderkrebsraten um bayerische Atomkraftwerke bewilligte das Bundesamt für Strahlenschutz eine wissenschaftliche Abklärung mittels der Studie "Kinderkrebs in der Umgebung von Kernkraftwerken (KiKK-Studie)". Dessen hochsignifikantes Ergebnis war: "Je näher ein Kleinkind an einem bundesdeutschen Atomkraftwerk wohnt, desto größer ist das Risiko für das Kind, an Krebs und Leukämie zu erkranken".

Aus einer IPPNW-Presseinformation vom 22.06.2011. Den ganzen Text plus weitere Hintergrundinformationen und den Link zur Plusminus-Sendung findet man unter

<http://www.ippnw.de/presse/presse-2011/artikel/0bedb3e4be/brennelementwechsel-gefaehrlicher-al.html>.

Hartmut Gründler – erinnert

Am 28. März hatte Frank Schirrmacher in der FAZ unter dem Titel Rhetorik und Realität die "neun Gemeinplätze des Atomfreunds" aufgelistet und die Manipulation der Sprache in der Atomkraftdebatte gegeißelt. Erstmals nach Jahrzehnten tauchte dabei der Name Hartmut Gründler wieder vor einer größeren Öffentlichkeit auf. Schirrmacher schrieb: "Der leider heute vergessene Hartmut Gründler hat bereits vor Jahrzehnten im Literaturmagazin des Rowohlt Verlags "Die Sprache des großen Bruders" auf die Manipulation durch Sprache im atomaren Zeitalter hingewiesen." Später widmete Manfred Kriener in DIE ZEIT Gründler einige Zeilen und eine Zwischenüberschrift in dem Artikel

"Aufstehen wie ein Mann", so betitelt nach einem Zitat des "Vaters der Anti Atom Bewegung", Professor Dr. Karl Bechert, der wie Gründer die Verlogenheit der Atomenergiepolitik angeprangert hatte.

Es folgten im April drei Artikel zu Gründer: Im Feuilleton der FAZ erschien von Edo Reents der Beitrag "Sein Feind, das Atom" (in FAZ-NET unter der Überschrift "Das schreckliche Feuerzeichen"), dann kam am 13. April in der Stuttgarter Zeitung der Artikel von Frank Buchmeier "Das scheinbare Scheitern", und schließlich schrieb Frank Keil in DIE ZEIT eine Reportage unter dem Titel "Flammende Wahrheit" (20.4.11).

Aufgrund dieser Veröffentlichungen erhielt ich, an einer Biografie meines früheren Mitstreiters arbeitend, von Lesern eine Reihe aufschlussreicher neuer Beiträge, die den Zeitraum von Gründlers Schulzeit, seiner Episode als Volksschullehrer, seiner Studienzeit, den anschließenden Kampf für gewaltfreie Aktion im Umweltschutz und sogar noch die Woche vor seiner Selbstverbrennung am 16.11.1977 umspannen.

Ich hoffe auf weitere Erinnerungen gerade auch aus den Reihen der Antiatombewegung, nicht zuletzt auch im Hinblick auf zwei Filmprojekte zu Gründer, die im Entstehen sind. W. Hüfler, wilfried.huefler@whfm.de, 07127/972353

Erdsenkung über Salzstock - BI Umweltschutz sieht Parallelen zu Gorleben

Die Erdsenkung bei Kähmen hat eine Debatte um Gorleben ausgelöst. Grundwasser hat den Gips im Salzstock Dannenberg aufgelöst. Joachim Fritz vom Landesamt für Bergbau erklärte gegenüber NDR 1 Niedersachsen, wenn Gips mit Wasser, wie dem Grundwasser, in Berührung kommt, löse er sich auf und es bildeten sich Hohlräume, die dann einbrechen können, so wie in diesem Fall. Das Bauamt der Stadt Dannenberg spielt den Einbruch ebenfalls herunter. Dass es in den Elbtalauen solche Salzlinsen gibt, sei seit langem bekannt, sagte der Amtsleiter gegenüber NDR 1. Bei Bauanträgen werde dies berücksichtigt.

Kerstin Rudek, die Vorsitzende der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI), hat andere Fragen. Sie verweist auf Parallelen zu Gorleben. Die Erdsenkung in Kähmen habe gezeigt, dass man sich auch über den Gorlebener Salzstock Gedanken machen müsse. BI-Sprecher Wolfgang Ehmke assistiert: "Erdsenkungen umlagern den Salzstock Gorleben: der Rudower See und der Arendsee seien durch Auslaugungen entstanden, der Tümpel bei Schreyahn –Wustrower Salzstock- ist durch den Abbau von Kali entstanden und nun Kähmen – spielt das Landesamt den Vorfall herunter, weil jeder sofort an Gorleben und die Wasserwegsamkeiten denkt?"

Die BI will sich nicht länger auf Behördenaussagen verlassen und hat ein geologisches Gutachten zu den Wasserwegsamkeiten im Salzstock Gorleben in Auftrag gegeben.

Pressemitteilung der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg vom 24.06.2011. Die BI ist eine Mitgliedsinitiative des BBU. Infos: <http://www.bi-luechow-dannenberg.de>

Chemieindustrie

Erweiterung der Polycarbonat-Produktion bei BAYER Uerdingen: „Jetzt auf phosgenfreie Verfahren setzen!“

Der BAYER-Konzern hat in der vergangenen Woche angekündigt, die Produktion von Polycarbonat im Werk Krefeld-Uerdingen von 330.000 Tonnen auf 400.000 Tonnen pro Jahr zu erweitern. Die Umweltverbände Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) NRW und Coordination gegen BAYER-Gefahren fordern das Unternehmen auf, dabei phosgenfreie Verfahren zur Anwendung zu bringen.

Phosgen wird von BAYER als Vorprodukt bei der Herstellung von Polycarbonat verwendet. Andere Polycarbonat-Hersteller hingegen, z.B. die Firma SABIC in Cartagena/Spainien, kommen seit über zehn Jahren ohne Phosgen aus. Die Chemikalie gehörte im 1. Weltkrieg unter dem Namen „Grünkreuz“ zur ersten Generation tödlicher Giftgase.

Philipp Mimkes von der Coordination gegen BAYER-Gefahren: „Die Phosgen-Chemie gehört nach Atomkraftwerken zu den risikoreichsten Technologien in Deutschland. Fukushima zeigt, dass das Udenkbare möglich ist! Das Risiko, jährlich Hunderttausende Tonnen eines Giftgases zu produzieren, ist schlichtweg zu hoch - zumal es Alternativen gibt. Wir fordern, dass neue Werke nach dem neuesten Stand der Technik gebaut werden müssen.“

Gekürzte Fassung einer Pressemitteilung des BUND LV NRW und der Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG) vom 13.05.2011 - [alle Infos zur Kampagne](#) (incl. Möglichkeit zum online-Protest). Die CBG gehört zu den Mitgliedern des BBU.



KonzernKritik vor dem Aus!

Die Coordination gegen BAYER-Gefahren ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk. Wir sind in einzigartiger Weise seit 1978 aktiv gegen KonzernMacht. Dabei arbeiten wir weitgehend ehrenamtlich und erhalten keinerlei offizielle Förderung. Wir sind auf Spenden und Förderbeiträge angewiesen.

Derzeit kämpfen wir um unsere Existenz. Um trotz Finanzkrise und sinkender Realeinkommen zu überstehen, brauchen wir 350 neue Fördermitglieder. Und natürlich auch Spenden. Bitte werden auch Sie Fördermitglied. Und / oder helfen Sie mit einer Spende. Danke.

Stärken Sie uns den Rücken, werden Sie online [Fördermitglied](#). Oder [spenden Sie online](#)

Überweisen Sie bitte auf Konto 8016 533 000 bei der GLS-Bank, BLZ 430 609 67, Empfänger: Coordination geg. Bayer Gefahren. Aus: <http://www.gesundheitlichaufklaerung.de>. Die CBG gehört dem BBU an.

Gentechnik

Liebe Partner von Vielfalterleben,

vor gut einem Monat konnten wir Ihnen die tolle Nachricht überbringen, dass wir den Zeichnungszeitraum der Petition gegen Agro-Gentechnik mit über 100.000 Unterschriften abgeschlossen haben. 102.039 Menschen haben mit ihrer Stimme die Forderungen der Petition unterstützt!

Aktuell befindet sich die Petition in der sogenannten parlamentarischen Prüfung, in der u. a. Stellungnahmen vom zuständigen Bundesministerium eingeholt werden. Auch die Beratung der Petition im Petitionsausschuss ist Bestandteil dieser Prüfung. Da es eine öffentliche Anhörung ist, kann man sie übrigens live im Parlamentsfernsehen des Deutschen Bundestages mitverfolgen.

Der genaue Termin für die Anhörung steht noch nicht fest. Die letzte und politisch sehr wichtige Phase der Petition wird Vielfalterleben mit einer Aktion vor Ort – also in Berlin und am Tag der Anhörung – unterstützen. Was wir da genau planen, werden wir Ihnen erzählen können, wenn wir den genauen Termin der Anhörung kennen. So viel sei schon verraten: Es soll eine Aktion werden, an der sich alle interessierten Unterstützer persönlich beteiligen können.

Doch das ist noch nicht alles für heute: Auch jetzt kann jeder noch aktiv werden. Aktuell läuft immer noch die große [Unterschriftenaktion](#) von Vielfalterleben. Mit den Unterschriftenkarten wenden wir uns direkt an Bundesministerin Ilse Aigner. Die Karten, können handschriftlich unterschrieben und an das Vielfalterleben-Postfach geschickt werden. Sie benötigen weitere Karten zum Verteilen? Wenden Sie sich gerne an mich!

Unterschreiben geht auch ganz einfach über die [Kampagnenwebsite](#) von Vielfalterleben. In diesem Zusammenhang wieder die große Bitte an Sie: Unterstützen Sie die Unterschriftenaktion! Wir planen eine öffentlichkeitswirksame Übergabe der Karten im Herbst – je mehr Stimmen wir dafür haben desto besser!

Herzliche Grüße aus dem Aktionsbüro von Vielfalterleben, Sabine Stübner, sabine.stuebner@alnaturopa.de

Leicht gekürzte Rundmail der Kampagne Vielfalterleben. Der BBU ist Bündnispartner in der Kampagne. Weitere Informationen unter <http://www.vielfalterleben.info>.



Gewässerschutz

Aktuelle Messfahrt auf dem Main zeigt dringenden Handlungsbedarf beim Grundwasserschutz – Nitrateinträge müssen auch außerhalb der Wasserschutzgebiete verringert werden

Vom Zusammenfluss der beiden Quellflüsse Roter und Weißer Main bis zur Mündung des Mains in den Rhein bei Wiesbaden führte im April dieses Jahres eine Messfahrt vom VSR-Gewässerschutz. Hiermit wiederholten die Umweltschützer ihre große Untersuchung von vor 19 Jahren. „Die aktuellen Messungen zeigen deutlich, dass sich die Nitratbelastung kaum verringert hat. Lagen 1992 bei den Untersuchungen auf dem vereinheitlichten Laborschiff REINWASSER die Messwerte des Mainwassers zwischen 14,0 und 22,0 Milligramm pro Liter (mg/l), so lieferte die aktuelle Untersuchung Belastungen zwischen 13,7 und 25,4 Milligramm.“ fasste Susanne Bareiß-Gülzow, Vorsitzende vom „Verein zum Schutze des Rheins und seiner Nebenflüsse“ (VSR-Gewässerschutz), die Ergebnisse zusammen. Nach den Vorgaben der Länderarbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA) darf das Mainwasser um einen guten Zustand zu erreichen höchstens 11 mg/l Nitrat aufweisen. Dieser Wert wird aber am gesamten Main stark überschritten. Von der Erfüllung der Anforderungen der Wasserrahmenrichtlinie ist man bei diesem großen Rheinnebenfluss noch weit entfernt. Solche hohe Nitratwerte wie im gesamten Verlauf des Mains vorzufinden sind, führen zu bestimmten Zeiten im Jahr zu einer stärkeren Vermehrung von Algen, die das Wasser dann grün-gelb schimmern lassen.

Die ganze Presseerklärung gibt es auf der Homepage des VSR-Gewässerschutz unter:

<http://www.vsr-gewaesserschutz.de/resources/PE+Messfahrt+Main.pdf>

VSR-Gewässerschutz veröffentlicht Nitratkarte

Der VSR-Gewässerschutz untersuchte im Rahmen der regelmäßigen Messfahrten die Ursache der Nitratbelastung in unseren Flüssen durch das zusickernde Grundwasser. Im Projekt „Nitratbelastungen unserer Gewässer“ wurden daher neben den Fluss- auch Grundwasseruntersuchungen im deutschen Einzugsgebiet von Nord- und Ostsee durchgeführt. Die Nitratwerte des oberflächennahen Grundwassers wurden dabei aus der Beprobung von Quellen und Gartenbrunnen gewonnen. Aus den Ergebnissen der Jahre 2006 – 2010 erstellten Mitglieder des Teams nun eine Karte. An dieser Stelle möchte sich der VSR-Gewässerschutz bei allen Brunnenbesitzern bedanken, die die Erstellung der Karte durch ihre Brunnenwasserprobe ermöglicht haben.

Damit es zu einer Reduzierung der Nitrateinträge in die Nord- und Ostsee kommt, muss die Belastung der zufließenden Flüsse deutlich gesenkt werden. Inzwischen werden über die Hälfte der Nitratbelastung in unseren Flusseinzugsgebieten über das Grundwasser eingetragen. Die Wasserrahmenrichtlinie fordert einen Grenzwert von 50 mg/l im Grundwasser. Der VSR-Gewässerschutz fordert dagegen einen Grenzwert von 25 mg/l im zusickernden Grundwasser, damit es in der Nord- und Ostsee zu einer ausreichenden Verringerung der Eutrophierung kommt.

Weitere Informationen:

<http://www.vsr-gewaesserschutz.de/15.html>. Der VSR-Gewässerschutz gehört dem BBU an.

Erweiterung der Aufbereitungsanlage für teerpechhaltigen Straßenaufbruch im Heilquellenschutzgebiet von Großenlüder endlich vom Tisch

Wie in den vergangenen Tagen durch das Regierungspräsidium Kassel mitgeteilt, wurde der Antrag der Bickhardt Bau AG und ihrer Tochterfirma UBR GmbH auf mehrfache Erhöhung der Verarbeitungs- und Lagerkapazität des krebserzeugenden und stark wassergefährdenden Abfalls in Großenlüder-Eichenau von der Betreiberfirma zurückgezogen. Die Rücknahme des Antrags bestätigt die begründeten Einwendungen des BUND und der Bürgerinitiative Pro Lebensraum Großenlüder e.V., dass gravierende Mängel beim Schutz von Umwelt und Gesundheit nicht behoben werden können und das Vorhaben im Heilquellenschutzgebiet nicht realisierbar ist. Seit vielen Jahren kämpfte unsere BI gegen die Erweiterungspläne. Mit der Unterstützung des BUND und des BBU ist es endlich gelungen, die Sache ein für alle mal vom Tisch zu bekommen.

Kerstin Desch-Wöhrl, Vorsitzende der BI Pro Lebensraum Großenlüder e.V. und BBU-Vorstandsmitglied. Infos: www.pro-grossenlueder.de Die BI ist eine Mitgliedsinitiative des BBU.

Naturschutz

Heckenschutz

Es lohnt sich immer, zu allen Themen um Hecken, Wallhecken, Feldrainen und Heckenzerstörungen nachzusehen auf: www.heckenschutz.de

Gefunden am 18.06.2011 im BBU-Internet-Forum. Nutzt das Forum für eigene Hinweise und Terminankündigungen, http://www.bbu-online.de/index_forum.htm.

Rohstoffpolitik

Afrika, Atomausstieg und seltene Erden

BI Umweltschutz: "Neuer weltweiter Verteilungskampf"

Das Bundeskabinett hat (gestern) am Mittwoch das sogenannte Afrika-Konzept verabschiedet. Darin heißt es: "Die deutsche Afrikapolitik beruht auf einer realistischen Einschätzung des Kontinents. Sie gründet auf universellen Werten und ist zugleich von Interessen geleitet."

Die Verabschiedung dieses Konzepts hat auf den ersten Blick nichts mit dem "deutschen" Thema Atomausstieg zu tun, auf den zweiten Blick sehr wohl. "Die Abkehr von Atom, Kohle und Öl und der Einstieg in die Erneuerbaren Energien bedarf einer Neuausrichtung der geo-strategischen Leitlinien der deutschen Außenpolitik", kommentiert die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI). Bewusst wagen sich die Gorleben-Gegner mit ihrer Erklärung auf ein ungewohntes, für sie nicht übliches Parkett, "weil es sonst niemand anspricht", entschuldigt sich BI-Sprecher Wolfgang Ehmke: Die Rolle der sogenannten "seltene Erden" rückt dabei in den Fokus der deutschen Außenpolitik. Es handelt sich um 17 chemische Elemente, die vor allem für industrielle Produkte verwendet werden, die mit Optik, Licht oder Magnetismus zu tun haben. Sie werden für die Produktion von Smartphones benötigt, für Energiesparlampen, Akkus, Flachbildschirme und Computerplatinen. Außerdem werden diese Metalle für Elektromotoren und Windkraftanlagen benötigt. 97 Prozent dieser Metalle werden derzeit in China gewonnen.

Politisch brisant ist aus Sicht der Atomkraftgegner: Auch die Waffenindustrie ist für Laserwaffen und Nachtsichtgeräte auf diese seltenen Erden angewiesen. Dabei sind die Mineralien, aus denen die Metalle gewonnen werden, nicht wirklich selten, vermutet werden sie auch in Afrika. "Ein neuer weltweiter Verteilungskampf um Ressourcen beim Einstieg in die postnukleare und - fossile Zeit hat begonnen, mit universellen Werten und einer apostrophierten Augenhöhe mit Afrika hat dieser Kampf nichts zu tun".

Pressemitteilung der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg vom 16.06.2011. Die BI ist eine Mitgliedsinitiative des BBU. Infos: <http://www.bi-luechow-dannenberg.de>

Stromwechsel

Scharfe Kritik an Atomkonzernen – BBU ruft zum Stromwechsel auf

Der BBU hat die Atomkonzerne scharf kritisiert, da sich diese gegen den Willen der Bevölkerung gegen die Stilllegung erster Atomkraftwerke mit Händen und Füßen wehren wollen und mit Schadensersatzforderungen drohen. Nach Auffassung des BBU muss die Sicherheit der Bevölkerung Vorrang vor den wirtschaftlichen Interessen der Konzerne haben. Der Sofortausstieg ist machbar, wenn er politisch gewollt ist. Und er muss alle Atomkraftwerke und Atomanlagen umfassen, insbesondere die Urananreicherungsanlage in Gronau und die Brennelementefabrik in Lingen", so der BBU. Nach den Drohgebärden der Atomkonzerne ruft der BBU die Verbraucherinnen und Verbraucher erneut dazu auf, den Strom von Unternehmen zu beziehen, die nicht mit der Atomindustrie verflochten sind und die keinen Atomstrom im Angebot haben. Informationen zum Stromwechsel, der überhaupt nicht schwer ist, gibt es auf der Internetseite des BBU unter www.bbu-online.de. Mögliche Fragen zum Stromwechsel können auch telefonisch an die Bonner BBU-Geschäftsführung unter 0228-214032 gerichtet werden.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 20.06.2011



Verkehrspolitik

Alternativer Geschäftsbericht Deutsche Bahn 2010 veröffentlicht

Aus Anlass des Stresstestes für das Milliardenprojekt Stuttgart 21, der am 14. Juli der Öffentlichkeit vorgestellt werden soll, gibt das Bündnis „Bahn für Alle“ gemeinsam mit den VerkehrspolitikerInnen Anton Hofreiter (Die Grünen) und Sabine Leidig (Die Linke) den Alternativen Geschäftsbericht der Deutschen Bahn für das Geschäftsjahr 2010 heraus. Den größten vorhersehbaren Schaden von S 21 sieht „Bahn für Alle“ darin, dass der Tiefbahnhof einen integralen Taktfahrplan für immer verhindern würde. Statt nach der optimalen Verknüpfung der Züge im Nah- und Fernverkehr richtet sich der im Stresstest benutzte Fahrplan danach, wann gerade ein Gleis frei ist, um als Ziel eine möglichst hohe Zahl von Zügen durch den Bahnhof zu schleusen. „Dass Züge nur Sinn machen, wenn sie auch von Fahrgästen benutzt werden können, ignoriert die Bahn im Stresstest“, sagt Monika Lege. Der Alternative Geschäftsbericht fragt dagegen, welchen Nutzen die Bahn im letzten Jahr für die Mobilität bundesweit im Personen- und Güterverkehr gebracht hat. Diese Bilanz sieht nicht gut aus. Den hoch subventionierten Nahverkehr nutzt die DB zur Querfinanzierung anderer Unternehmensaktivitäten. „Obwohl der Nahverkehr nur ein Fünftel der Umsätze der DB AG ausmacht, werden damit ein Drittel der so genannten Gewinne gemacht“, streicht Bernhard Knierim vom Bündnis Bahn für Alle heraus. Diese werden an die Holding abgeführt. Umgekehrt ist die Relation im internationalen Logistik-Geschäft: Hier werden bei 41 Prozent der Umsätze gerade mal vierzehn Prozent des ausgewiesenen Gewinns realisiert.



Der „Deutsche Bahn – Alternativer Geschäftsbericht 2010“ zeigt auf, wie das Kerngeschäft kaputt gespart wird und skizziert einen Fahrplan für eine bürgernahe bessere Bahn. Er ist als Lunapark21-Sonderheft im Bahnhofsbuchhandel sowie unter <http://www.robinwood.de/shop/kategorie/infomaterial> für vier Euro erhältlich.

Aus einer Pressemitteilung des Bündnis "Bahn für Alle" vom 21.06.2011. Gesamter Text unter

<http://www.bahn-fuer-alle.de/pages/pressemitteilungen/wahre-bilanz-der-db-ag/pressemitteilung-vom-31.03.2011.php>

BBU fordert sofortigen Baustopp für Stuttgart 21

(Stuttgart, Bonn, 16.06.2011) Der BBU hat in einem Schreiben an das Regierungspräsidium Stuttgart einen sofortigen Baustop für das Stuttgarter Bahnhofsprojekt „Stuttgart 21“ gefordert. Zum Hintergrund erklärt Jürgen Rochlitz, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des BBU: „Die Vorgänge und weiteren Bauarbeiten rund um Stuttgart 21 sind absolut skandalös. Kein Bauvorhaben seit dem Ende der Atommüllfabrik in Wackersdorf war so unsinnig, teuer und heftig umstritten wie Stuttgart 21. Der BBU ruft die Bevölkerung dazu auf, in ihrem Engagement für eine umwelt- und sozialverträgliche Verkehrspolitik nicht nachzulassen.“ Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 16.06.2011, <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202011/16.06.11.htm>

Whistleblower

Whistleblowerpreis der VDW und der IALANA 2011 an Dr. Reiner Moormann, Aachen und an „Anonymus“

Am 1. Juli 2011 um 19.30 vergeben die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW) und die Deutsche Sektion der Juristenvereinigung IALANA („Juristinnen und Juristen gegen atomare, biologische und chemischen Waffen“) in der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften zum siebenten Mal den „Whistleblowerpreis“. Mit dem „Whistleblower-Preis“ werden Persönlichkeiten ausgezeichnet, die als Insider schwer wiegende Missstände, Risiken oder Fehlentwicklungen aus ihrem beruflichen Umfeld im öffentlichen Interesse aufgedeckt haben.

Die diesjährige Auszeichnung erhalten je zur Hälfte Dr. Rainer Moormann, Aachen sowie „Anonymus“ - die Persönlichkeit, die das Video „Collateral Murder“ via Wikileaks publik gemacht hat.

Dr. Rainer Moormann hat in den vergangenen Jahren mit wissenschaftlichen Publikationen und Vorträgen im In- und Ausland, vor allem aber mit Stellungnahmen und Interviews in den Medien maßgeblich dazu beigetragen, dass das mit Kugelhaufen-Reaktoren verbundene Risikopotenzial in einem neuen Licht erscheint. Der Mythos der „inhärenten Sicherheit“ dieses Reaktor-Typs ist erschüttert.

„Anonymus“ – ein/eine bislang anonyme/r Wikileaks-Informant/in. Er/sie hat im April 2010 ein von den US-Behörden als Staatsgeheimnis gehütetes Dokumentations-Video über ein von US-Soldaten im Irak verübtes schweres Kriegsverbrechen der Welt-Öffentlichkeit zugänglich gemacht: <http://www.collateralmurder.com/> Das dienstlich aufgenommene Bord-Video zeigt die gezielte Tötung von mindestens sieben unbewaffneten Zivilpersonen durch die Besatzung eines US-Kampfhubschraubers am 12. 7. 2007 im Irak.

Aus einer Pressemitteilung von VDW und IALANA. Zu den Organisationen siehe www.vdw-ev.de und www.ialana.de.

Impressum

BBU-Newsletter Nr. 6/ 2011, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail oder Fax) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 10.07.2011. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.